

WK4 Unsere Gesellschaft von morgen

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 21.09.2020
Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

Antragstext

1 Diskriminierung entgegenstellen – Vielfalt fördern

2 Wir wollen in einer Welt leben, die frei von Diskriminierung und Rassismus ist.
3 Die Realität ist leider eine andere. Rassismus, Antisemitismus, Homophobie,
4 Sexismus und andere Formen der Diskriminierung sind leider noch immer an der
5 Tagesordnung und haben gar in den letzten Jahren wieder an Salonfähigkeit
6 gewonnen.

7 Das Land muss sich weiter für die Förderung interkultureller Zentren engagieren.
8 Wir wollen Raum für Vielfalt und Begegnung, u.a. zwischen allen Altersklassen,
9 schaffen. Dazu wollen wir vor allem in der Fläche vernetzte Gemeinwesenarbeit
10 mit Fachpersonal stärken.

11 Wir wollen für das Land Rheinland-Pfalz ein Anti-Diskriminierungsgesetz
12 durchsetzen.

13 Zudem müssen queere Angebote, vor allem auf dem Land, weiter ausgeweitet werden.
14 Jugendarbeit muss das Thema vermehrt in den Blick nehmen. Dazu muss es mehr
15 Fortbildungen für Pädagog*innen und Jugendleiter*innen geben.

16 Das Land soll zudem eine Bundesratsinitiative zum Abstammungsrecht einbringen,
17 die gleichgeschlechtliche Paare gleichstellt. Homosexuelle Männer dürfen
18 faktisch kein Blut spenden. RLP soll sich daher über den Bundesrat für ein Ende
19 der Queerfeindlichkeit beim Blutspenden einsetzen.

20 Entschlossen gegen Rechts

21 Rassismus und rechten Gesinnungen muss Rheinland-Pfalz entgegentreten. Daher
22 fordern wir eine Erhöhung der Finanzmittel für Präventions- und
23 Informationsarbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Insbesondere für
24 die Opferberatung in diesen Bereichen müssen noch mehr Mittel bereitgestellt
25 werden.

26 Darüber hinaus fordern wir, dass das Land den 08. Mai als „Tag der Befreiung der
27 Welt von nationalsozialistischer Herrschaft“ zum Feiertag erklärt.

28 Die AfD und ihre Jugendorganisation sind offen verfassungsfeindlich und
29 faschistisch. Wir müssen alle Mittel ausschöpfen, ihr Ziel, unsere Demokratie
30 abzuschaffen, zu stoppen. Es muss daher auch mittelfristig ein
31 Parteiverbotsverfahren angestrebt werden.

32 Frauen an die Macht

33 Frauen sind in der Politik in Rheinland-Pfalz unterrepräsentiert. Von der
34 kommunalen Ebene bis zum Landtag dominieren die Männer in den Räten. Das liegt
35 jedoch nicht an fehlenden qualifizierten Frauen, sondern an strukturellem
36 Sexismus in unserer Gesellschaft. Wir fordern die Einführung eines Parité-
37 Gesetzes. Dadurch würden alle Parteien in Rheinland-Pfalz verpflichtet, ihre

38 Wahllisten abwechselnd mit Männern und Frauen zu besetzen und somit eine
39 Frauenquote von 50 Prozent erreicht werden.

40 Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind dazu verpflichtet, Gleichstellungsbeauftragte
41 einzustellen. Dieses Amt ist wichtig, um strukturelle Benachteiligungen von
42 Frauen aufzudecken, sie zu beheben und die Interessen von Frauen bei kommunalen
43 Entscheidungen zu vertreten. Momentan erwarten Gemeinden bei fehlenden
44 Gleichstellungsbeauftragten jedoch keine Konsequenzen. Wir fordern die
45 Sanktionierung von fehlenden Gleichstellungsbeauftragten.

46 Soziale Medien können insbesondere für Frauen belastende Erfahrungen mit sich
47 bringen. Belästigung durch unangemessene Kommentare, das Zusenden von Dickpics
48 ohne Einverständnis, aber auch explizit gegen Frauen gerichteter Hass sind weit
49 verbreitet und treffen auch schon sehr junge Frauen. Wir fordern mehr Werbung
50 für Hilfsangebote bei sexualisierter Gewalt und den Ausbau dieser Angebote.

51 Kein Mensch ist illegal

52 Wir fordern eine grundsätzliche Wende in der deutschen und europäischen Asyl-
53 und Migrationspolitik. Europa darf keine Festung sein, sondern muss Menschen in
54 Notlage, die es auch selbst mitverursacht, helfen. Wir fordern das Land auf,
55 sich über den Bundesrat für eine humanere Asyl- und Migrationspolitik
56 einzusetzen.

57 Wir lehnen Abschiebungen ab. Die Möglichkeiten des Landes dagegen sollten
58 vollumfänglich ausgeschöpft werden. So dürfen auf keine Fall Abschiebungen in
59 Kriegsgebiete wie Afghanistan oder Syrien erfolgen. Abschiebehaft muss beendet
60 werden.

61 Wir fordern, dass allen Asylbegehrenden in RLP sofort eine Gesundheitskarte als
62 auch Zugang zu Sprachkursen gewährt wird.

63 Die Ausländerbehörden der Kommunen sind z.T. defizitär aufgestellt. Hier müssen
64 bessere Ausbildungen und interkulturelles Training für die Mitarbeitenden
65 umgesetzt werden.

66 Drogenkonsum entkriminalisieren – Hilfe statt Verfolgung

67 Wir fordern die Legalisierung von Cannabiskonsum ab 18 Jahren. Faktisch ist
68 diese Droge ohnehin schon weit verbreitet, wird aber kriminalisiert, sodass sich
69 weder Konsum noch Qualität der Droge kontrollieren lassen und illegaler
70 Drogenhandel gefördert wird. Eine Legalisierung kann nur auf Bundesebene
71 geschehen, daher fordern wir eine Bundesratsinitiative des Landes zur
72 Legalisierung von Cannabis.

73 Um Menschen vor gestreckten und gefährlichen beigemischten Drogen zu schützen,
74 fordern wir eine Drug-Checking Offensive des Landes u.a. bei großen Festivals
75 wie bei Rock am Ring oder der NatureOne.

76 Prävention ist jedoch wichtig, um Menschen über die Gefahren des Drogenkonsums
77 aufzuklären und sie davor zu schützen. Dabei sollte neben Cannabiskonsum auch
78 die unterschätzte Droge Alkohol stärker thematisiert werden, sowie der Einfluss
79 der mentalen Gesundheit auf Suchterkrankungen.

80 Für Konsument*innen von illegalen Drogen fordern wir mehr Schutzräume in
81 Rheinland-Pfalz, in denen ein hygienischer und sicherer Konsum ermöglicht wird

82 und die zugleich auch Anlaufstellen bei Problemen oder dem Wunsch nach Entzug
83 sein sollen.

84 Verhütungsmittel wie Kondome oder die Pille können vor allem junge Menschen
85 finanziell belasten. Wir meinen, dass jeder Mensch ein Recht auf
86 Verhütungsmittel hat und fordern deswegen, diese kostenlos zur Verfügung zu
87 stellen.

88 Frauen haben außerdem die Kosten für Hygieneartikel wie Binden und Tampons zu
89 tragen, was für manche ein hoher finanzieller Aufwand sein kann. Wir fordern
90 daher zumindest in allen öffentlichen Gebäuden in Rheinland-Pfalz kostenlos
91 Hygieneartikel wie Binden und Tampons auf den Toiletten zur Verfügung zu
92 stellen.